

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1918**

134 (20.3.1918) Abendblatt

# Badischer Beobachter

Abendblatt

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Kolonelle 25 P. ...

Postfach: Karlsruhe 4844

Bezugspreis vierteljährlich: ...

Notationsdruck und Verlag der Badenia ...

Erscheint an allen Werktagen in zwei Ausgaben ...

Verantwortlich für deutsche und badische Politik ...

## Der Russenfrieden im Reichstag.

Stimmungsbild aus dem Reichstag. ... Der Friedensvertrag vom 3. März 1918 mit Großbritannien und der Friedensvertrag mit Finnland ...

## Tagesbericht vom Großen Hauptquartier.

Großes Hauptquartier, 20. März. (W.L.B. Amtlich.) Westlicher Keilgeschloß. Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und deutscher Kronprinz. ...

Gefangene und Maschinengewehre ein. Starke Tätigkeit entwickelte der Feind im Barrou-Walde. ...

politik überließ. Die tragische Schuld der englischen Staatsmänner liegt darin, daß sie bei ihrer Einleitungs-politik nicht merkten, ein wie unentbehrbares Schicksal zum Weltkrieg führen mußte, sobald einer der Teilnehmer der Entente den Krieg wollte. ...

## Der Krieg zur See.

18 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 20. März. (W.L.B. Amtlich.) Unterseebooterfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 18 000 T. ...

Berlin, 19. März. (W.L.B.) Der im Economist vom 9. Februar veröffentlichte Jahresbericht des Vereins der Liverpooler Dampfschiffreedereien ...

## Holland und die Entente.

Entrüstung des Parlaments und der Presse.

Haag, 19. März. (Frankf. Bg.) In der niederländischen zweiten Kammer machte der niederländische Minister des Äußeren ...

## Stimmen der Presse.

Leipzig, 19. März. (W.L.B.) Die Leipziger Neuesten Nachrichten schreiben zu der Denkschrift des Fürsten ...

## Lidnowskis Denkschrift vor dem Reichstags-Hauptauschuß.

Berlin, 19. März. In seiner Erklärung über die unglückliche Denkschrift des früheren deutschen Botschafters in London, Fürst Lidnowski, ...

In der anschließenden Diskussion erklärte der Abg. Gröber (Ztr.), die Denkschrift des Fürsten Lidnowski sei ein so merkwürdiges Aktenstück, daß bei jedem der Eindruck entsetzlicher ...

Vertical text on the left margin: Marktplatzes, Zeitschriften, Konzert, nachmittags, Kahl, 31, Ludwigsplatz, Althaus für, Kleidung, neuester, mantel, schw. Colonne, Kleider, reizvoll, Wasserstoff-Linsen, seitlich, Answahl, 104, S, P, Klass., direkt vom, Karlsruhe, er Residenz, ndlung, Karlsruhe, rsuchungen, und mikroskopisch, Karlsruhe, Rindheim, Bier, Menge alter, Papier, ten, Bücher, Papier, wird nicht, Verarbeitung zu, Mengen von 250, Mengen bitten, ke 28, abzuliefern, Co., Karlsruhe

Freie und Recht eintritt." In ähnlichem Sinne sprach der fortgeschrittlich-liberale Abgeordnete Knobel und noch deutlicher kam die Entriistung in den Worten des Sozialistenführers Troelstra zum Ausdruck. Auch Troelstra betonte, daß die Regierung zuerst die Kammer hätte befragen müssen. Hierbei wollte man aufrechtstehend untergehen als an einem Unrecht mitwirken. Es sei immer noch die Möglichkeit, Getreide aus der Ukraine zu erhalten, vorhanden, und die Regierung müsse gerade diese Frage genau untersuchen. Der calvinistische Abgeordnete van de Bort van Ry sprach die Hoffnung aus, daß das amerikanische Volk sein Unrecht noch einsehen werde. Die Haltung der Regierung sei nicht in Übereinstimmung zu bringen mit der ehrenvollen Geschichte des Landes. „Ist es richtig,“ so fragte der Redner, „daß in der Konferenz der Redner ganz kategorisch der Wunsch ausgesprochen worden war, die Vorschläge der Entente zurückzuweisen. Warum also änderte die Regierung ihre Meinung und warum tat sie dieses, ohne zuvor die Kammer zu befragen?“

Auch in der niederländischen Presse kommt die Entriistung über das Vorgehen der Entente und über die Haltung der Regierung allgemein zum Ausdruck, wie dies heute abend das Amsterdamer Handelsblatt ausdrücklich feststellt. Die einzige Ausnahme bildet das Amsterdamer Nordseeblatt Telegraaf, von dem das Handelsblatt mit Recht sagt, daß es nicht als ein vaterländisches Blatt betrachtet werden könne.

Nach der Annahme des Ultimatus durch Holland. Berlin, 19. März. (Straßb. Post.) Eine endgültige amtliche Erklärung über den Entschluß der holländischen Regierung liegt hier bis jetzt noch nicht vor, man muß sich also zunächst an die von dem Minister des Auswärtigen in der Kammer gemachten Mitteilungen halten. Darin ist aber bereits unzweifelhaft festgestellt, daß Holland im Begriff steht, von der strengen Neutralität, die es bisher innegehalten hat, zum mindesten des Verbands abzuweichen und diesem zum Nachteil der Mittelmächte militärische und wirtschaftliche Vorteile einzuräumen, die es ihm unter keinen Umständen hätte zuzustehen dürfen. Damit wird eine neue Lage geschaffen und Holland muß nunmehr gewärtig sein, daß wir daraus die einzig möglichen Schlusfolgerungen ziehen, indem wir an Holland Forderungen stellen, die wir bisher nicht gestellt haben und bei Aufrechterhaltung der holländischen Neutralität nicht gestellt haben würden.

**Admiral Koch über das Vorgehen der Entente gegen die Neutralen.**

Berlin, 20. März. (M.A.B.) Der stellvertretende Chef des Admiralstabes, Admiral Koch, empfing heute einen Vertreter des M.A.B. und machte in der Unterredung mit ihm u. a. folgende Äußerungen: Wir haben Grund zu der sicheren Annahme, daß das unter gewaltsamen Druck der Entente stehende Holland aufstrebende gefundene Schiffsräume abzugeben und sich bereits in der Verfügungsgewalt der Verbandsmächte befindet, aber nicht auf denjenigen Teil, über den die Holländer noch in ihren eigenen Häfen verfügen. Das sind etwa 320 000 Brutto-Register-Tonnen. Dieser Holland verbliebene Schiffsräume wird auf gleicher Höhe gehalten werden. Das gewaltsame Vorgehen der Verbandsmächte, besonders die im letzten Augenblick ausgesprochene Forderung, daß der Entente zur Verfügung gestellte Schiffsräume auch innerhalb des Sperrgebietes fahren müsse, ist das beste Zeichen für die bei ihnen herrschende Notlage. Die Vereinigten Staaten haben für ihr Vorgehen noch einen anderen Grund. Sie benutzen den Krieg, um sich eine Handelsflotte zu schaffen, deren Fehlen sie bisher als den schmerzlichen Mangel ihrer wirtschaftlichen Weltstellung empfanden. England kennt diese Absicht und versucht selbstverständlich, die durch den U-Boot-Krieg in seine Handelsflotte und seine Seehandelsbeziehungen gerissene Lücke durch Einstellung der beschlagnahmten neutralen Schiffsräume auszufüllen. Wegen der dringenden Schiffsräume-entgelt ist ihm schon jetzt nicht mehr, die neuen Bewerber, in der Hauptstadt die Vereinigten Staaten und Japan, von den englischen Interessengebieten und den verwandten englischen Märkten fern zu halten. Nach dem bewährten Grundsatz, daß man sich als Dieb an vorteilhaftesten unter die Menge mischt und „Salzt den Dieb“ ruft, versuchen die Verbandsmächte jetzt, besonders in der neutralen Öffentlichkeit, die Aufmerksamkeit der Welt von ihrem Treiben dadurch abzulenken, daß sie Deutschland derselben Anschuldigung und der gleichen Handlungen beschuldigen, die sie selbst augenblicklich begehen. Das amerikanische Kriegshandelsamt verbreitet amtlich die Nachricht, Deutschland beschuldigt, mit dem U-Bootkrieg die Neutralen und die gesamte Welt auszulagern und wolle seine U-Boote gegen die neutrale Handelsflotte einsetzen, um sich auf See dieser gegenüber nach Friedensschluß konkurrenzfähig zu halten. An beiden Behauptungen erkennt man leicht das getreue Spiegelbild der oben erwähnten englischen und amerikanischen Absicht, die einfach Deutschland untergeschoben wird. Es fällt in der Tat schwer, die Ausstreunungen ernst zu nehmen, daß Deutschland diesen furchtbaren oder Kriege eigentlich nicht gegen seine Feinde, sondern, weil es deren nicht genug besitzt, gegen die Neutralen führe und daß es ein Mittel, nämlich die Absperrung der Neutralen von aller Außenwelt, das die Entente zur Niederbringung Deutschlands verwendet, jetzt schon zu seiner eigenen Vernichtung gegen sich selbst gebrauche. Ich kann es mir eripieren, nochmals eingehend an der Hand der Tatsachen nachzuweisen, daß die neutralen Länder nicht durch den U-Bootkrieg, der sich gegen die Zufuhren nach England, Frankreich und Italien richtet, sondern dadurch in wirtschaftliche Notlage geraten sind, daß die Vereinigten Staaten vor gerammer Zeit Ausfuhrverbote für Lebensmittel, Futtermittel und Düngemittel und an-

dere notwendige Waren nach den europäischen und neutralen Ländern erlassen haben, um einerseits die Ausfuhr solcher Waren von Seiten der Neutralen nach Deutschland zu verhindern, andererseits die Neutralen durch Hunger und Not zu zwingen, ihren Schiffsraum auszuliefern, wie dies jetzt vor den Augen der Welt geschieht. Der Jand der von der Entente gerade jetzt eingeleiteten Geses gegen Deutschland liegt auf der Hand. Man muß indessen schon die auf diesem Gebiet bewährte Reifeheit der Verbandsmächte besitzen, um die neutrale Welt für eine politische Feindschaft zu halten, in der man immer wieder mit großem Erfolge das Märchen vom schwarzen Mann erzählen kann.

Sofortige Beschlagnahme der holländischen Schiffe. London, 19. März. (M.A.B.) Das neutrale Büro erfährt, daß die englische Regierung bis gestern nachmittag noch keine Antwort der Regierung der Niederlande auf die Note der Alliierten erhalten habe. Es lag auch weder eine Befätigung des britischen Gesandten im Haag und des niederländischen Gesandten in London vor, daß die niederländische Regierung den ihr vorgeschlagenen Bedingungen zugestimmt habe. Infolgedessen ist eine neue Modifikation nach dem Haag gesandt worden, wonach die Alliierten mangels einer ungewichtigen Annahme der Note der Alliierten zu einer sofortigen Beschlagnahme der niederländischen Schiffe schreiten müssen. Das Telegramm aus Holland den Alliierten etweden, als habe die Regierung der Niederlande die Note angenommen, so solle von neuem betont werden, daß der bloße Versuch einer gögernden Umahme des modus vivendi von vergangenen Januar seitens Holland der Sachlage nicht gerecht werde, da sich die Situation selber von Grund aus geändert habe.

**Badischer Landtag.**

Erste Kammer.  
8. öffentliche Sitzung.  
B.Z.K. Karlsruhe, 19. März 1918.

Bezug Mag von Baden eröffnet die Sitzung um halb 4 Uhr. Die Voranschlagsrechnung wird fortgesetzt bei Hauptabteilung IV Ministerium des Innern. Berichterstatter Oberbürgermeister Habermehl berichtet über die Titel I—X und gedenkt der zahlreichen Beamten, die im Febr. fieber und berer, die gefallen sind, sowie auch mit Worten wärdiger Anerkennung der hervorragenden Arbeit des Ministers und seiner Beamten. Staatsminister Frhr. v. Bobman dankt für die feinen Ministerium namens des Ausführenden gezeigte Anerkennung, soweit es sich um seine Beamten handle, könne er sich dem Lob durchaus anschließen. Ebenso danke er für die Worte, die der Berichterstatter den gefallenen Beamten des Ministeriums gewidmet habe.

Oberbürgermeister Habermehl gedenkt beim Titel Gewerbeaufsicht des aus dem Amte geschiedenen Vorstandes der Gewerbeaufsicht Dr. Wittmann, der nicht nach rechts und nicht nach links schaute und seine Pflicht tat. Seinen Nachfolger wird eine schwere Arbeit erwarten in der Zeit der Lebensgenusswirtschaft. Der Ausschluß schließt sich der Vertrauensgebung des anderen Hauses an. Man hat von hohen und von Junges- löhnen gesprochen; die Letzteren werden aber doch ganz selten sein. Es sind zahlreiche Fälle vorhanden, in denen Arbeiter Löhne beziehen, die den Arbeitern, wenn sie dieselben nicht mehr beziehen, große Enttäuschung bereiten werden. Dem Gedanken über die Einführung des Sparzwanges kann man sich unter den heutigen Zeitverhältnissen nicht verschließen. Auch mit dem Straich hat sich der Gesundheitsausschuß beschäftigt und ihn bebauert. In seinen weiteren Ausführungen begrüßt der Berichterstatter die Gründung des Bauverbandes und gab darin dem im Ausschuß geäußerten Wunsch Ausdruck, man solle bei allen Wohnbauten für die Unterbringung der öffentlichen Bautätigkeit (Gemeinnützige Bauwesen- stätten usw.) doch nicht die private Bautätigkeit benachteiligen. Mit einer Wohnungsnot wird vielfach zu rechnen sein, nicht allein in größeren Städten, sondern auch in ganz kleinen Gemeinden. Von der Gründung gegen Kriegserlöser sollte man absehen, sondern den heimkehrenden Soldaten Gelegenheit geben, sich nicht abgesondert, sondern inmitten ihrer Mitbürger anzusiedeln zu können. Mit der Errichtung von Altmenschenheimen können Regierung und Gemeinden zu spät. Die Händler haben fast den größten Teil aufgekauft. Freier von Wäler wies darauf hin, daß nicht allein in großen Städten, sondern auch in vielen kleinen Gemeinden eine Wohnungsnot zu befürchten ist. Eggeling Dr. Leinwand dankt für den dem Landeswohnungsverein zugewiesenen Staatsbeitrag. Auch wir wollen die private Bautätigkeit nicht ausschalten, sie ist uns vielmehr willkommen. Bürgermeister Dr. Weh-Überbach befragte einen Wunsch von Masofschell. Oberbürgermeister Habermehl legt seine Berichtserstattung fort und weist auf den Mangel an Gewerbebetreibern hin. Die ungünstigen Gebaltsverhältnisse sind kein Ansporn für junge Leute, sich diesem Beruf zu widmen und sollten verbessert werden. Der Aufschuß von weiteren 100 000 M. für die Karlsruher Jubiläumsausstellung sei zu befrworten. Pflicht der Kreditgenossenschaften müsse es jetzt sein, die durch den Krieg geschädigten und in Not gekommenen Handwerker zu unterstützen. Staatsminister Frhr. v. Bobman gibt auf eine Anfrage über die Ullmaderstraße Kurzwagen Aus- kunft, daß diese Schule sich in Betrieb befindet.

Gewerbeamt Wea-Freiburg erörtert eine Reihe Handwerkerfragen und betonte dabei, wie notwendig es sein werde, nach dem Krieg das Handwerk mit Rohstoffen zu versorgen und ihm Arbeitsmöglichkeit zu geben. Die in der Zweiten Kammer gegen die Handwerkerorganisationen vorgetragene Kritik sei nicht gerechtfertigt gewesen. Geh. Rat Dr. v. Dehlerhäuser äußerte sich nochmals zu der von ihm geäußerten Anregung Angleichung der Kunstgewerbeschule Karlsruhe an die Akademie der bildenden Künste. Oberbürgermeister Habermehl: Gegen eine Unter- stellung der Karlsruher Kunstgewerbeschule unter ein anderes Ministerium habe er nichts einzumenden. Staatsminister Frhr. v. Bobman: Gewerbeamt Wea habe ein trübes Bild von der Lage des Handwerks ent- worfen. Die Mittelstandshilfe soll Abhilfe bringen; ich bin mit Wea einverstanden, daß die Bestimmungen mit Milde und Wohlwollen gehandhabt werden sollen. Wenn er aber sagte, die Summe für die Mittelstandshilfe stehe nicht im rechten Verhältnis zu den 40 Millionen für Be- amte und Arbeiter, so müsse er doch betonen, daß der Staat für jene, die unmittelbar in seinem Dienste stehen, anders sorgen müsse. Hierbei kommt die ganze Woh- nungsfürsorge und Hypothekensicherung auch dem Bau- handwerk zu gut. Zu erwähnen sind auch die Maß- nahmen der Städte und die Mittel, die aus Stiftungen zur Verfügung gestellt werden. Die Mittelstandshilfe wird im wesentlichen davon abhängen, inwieweit es gelingt, Rohstoffe zu beschaffen. Eine schwierige Frage

ist ferner die Beschaffung von Arbeitskräften, näherhin die Lehrlingsfrage. Die Regierung wird hier alles tun. Allein auch das Handwerk wird andere Bedingungen für die Lehrlinge stellen müssen. Auch für die ständige Ver- sorgung der Lehrlinge müssen Maßnahmen getroffen werden durch die Lehrlingsheime. Die Handwerker- kammer haben im Kriege ihr möglichstes getan. Die von Geh. Rat Dehlerhäuser angeregte Zusammenlegung der Kunstgewerbeschule Karlsruhe mit der Kunst- akademie ist der Erwägung wert. Die Kunstgewerbeschule soll eine Vorbereitung und Auslese treffen für die Ak- ademie. Auch die beteiligten Kreise müssen gehört und ein bestimmter Plan gemacht werden. Ich hoffe, daß wir dann zu einer Einigung in beiden Ministerien gelangen werden.

Frhr. v. Menzinger berichtet über die Titel XI bis XVII, Milde Fonds und gemeinnützige Anstalten, Geist- und Pflanzenschulen und polizeiliches Arbeitshaus. Es schweben zurzeit Verhandlungen über die Ausbühnung von Säuglingspflegern. Eine Monopolisierung des Bod. Frauenvereins ist nicht in Aussicht genommen. Die allgemeine Sterblichkeit ist in der Heimat etwas gestiegen, die der Säuglinge zurückgegangen. Wenn man den Geburtenrückgang und die Säuglingssterblichkeit in Deutschland betrachtet, kommt man zu erschreckenden Resultaten. Redner macht hier aufmerksam auf das Buch von Hoffender: „Deutschlands Wille zum Leben“ und bezieht die Ursachen des Geburtenrückganges. Er weist darauf hin, welche große Bedeutung in dieser Hinsicht die Religion und Religiosität hat. Sie allein genügt aber zur Besserung nicht; es müssen auch alle geeigneten wirtschaftlichen, sozialen und hygienischen Maßnahmen ergriffen werden. Erziehung und Wohnungsfürsorge sind von großer Wichtigkeit.

Frhr. v. La Roche-Starcenkfels bittet um wohlwollende Unterstützung einer Anzahl in Sandbüchsenheim, in welcher uneheliche Mütter mit ihrem Kind Aufnahme finden und durch religiöse Einwirkung auf gute Wege ge- bracht werden. Prälat Schmittmeier: Das Haus, von dem Frhr. v. La Roche sprach, steht der inneren Mission nahe, er bitte um Wohlwollen für daselbe und danke sehr dem Frhr. v. Menzinger für die eingehende Behandlung der großen Frage. Man ist das Liebel so groß geworden. Der Absatz der Geburten geht weiter. Wir dürfen uns keinen Hoffnungen hingeben; wenn nicht das gesamte Volk mit allen seinen Kräften zusammen- steht, wird unser Volk fast einen Zusammenbruch er- litten. Er möchte bitten, daß jeder Kreis, der hier vertreten ist, sich mit der Frage befaßt und jeder, der selber an ihr vorübergeht, als ganze sie ihn nichts an, sich als mitverantwortlich fühlt, mithelfen. Wir in der Kirche und der inneren Mission wollen es weiter tun und hoffen, daß die Regierung bei ihren Maßnahmen von dem Geiste der Zeit bewegt wird.

Staatsminister Frhr. v. Bobman: Auch die Groß- Regierung ist sich des ganzen Erstes der Frage des Geburtenrückganges voll bewusst, nicht nur die Groß- Regierung, sondern auch die Reichsleitung. Sie be- schäftigt sich eingehend mit dem ganzen Komplex der Frage. Es sind Grundzüge über die Unterbrechung der Schwangerschaft durch Verzele von der preussischen Re- gierung herausgegeben, von uns übernommen und an die Verzele weitergegeben worden. Diese Grundzüge stel- len strenge Regeln auf. Es ist aber von beiden Herren sehr richtig gesagt worden, daß alle diese Hilfsmittel, auch die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, nichts helfen, wenn nicht von innen heraus eine starke Be- wegung durch unser Volk geht, die für das Kind sich un- terscheidet, die dafür eintritt, daß es die Pflicht un- seres Volkes ist, diesen Geburtenrückgang Einhalt zu gebieten. Und dabei müssen allerdings alle Kreise des Volkes mit- wirken. Vor allem ist dabei zu gähen auf die Hilfe der Kirche. Es ist eine hervorragende Frage, um die es hier handelt, es ist eine Frage von hoher Sittlichkeit. Der Anstalt in Handshuhheim kommen wir wohlwollend entgegen.

Frhr. v. Menzinger: Die Richtlinien für die Unter- bringung der Schwangerschaft, welche auch von der bad. Regierung angenommen worden sind, widersprechen ganz der christlichen Moral. Die Wälder ist wegen des Kindes das Wenn man eine solche Anweisung hinausgibt an die Verzele, schafft man nur eine halbe Maßnahme. Redner berichtet weiter über die Heil- und Pflanzenschulen und bemängelt die Ernährung und die Sterblich- keit der Pflanzlinge. Für Empfehlungen für ein Labora- torium dringend nötig. Oberbürgermeister Habermehl und Staatsrat Glöckner äußern sich zur Ernährung der Pflanzlinge in der Fordeheimer Anstalt. Prälat Schmittmeier: Der Minister sagte, das Nebel des Geburtenrückganges müsse von innen heraus gebessert werden, er verweise da auf die Gründung des Vereins für Familie und Volkskraft durch Dr. Paull.

Staatsminister Frhr. v. Bobman: Vom Standpunkt der Heilung u. Pflege wären zwei Anstalten vorzuziehen. Aus finanziellen Gründen entschieden wir uns für eine große Anstalt. Die Anstalt muß aber am liebsten den großen Städten im Mittelland liegen. Der Ernährungsfrage in den Anstalten haben wir alle Aufmerksamkeit ge- schenkt. Wenn sie in Forzheim nicht so gut geregelt war, wie in der anderen, so liegt dies daran, daß die Forzheimer Anstalt nicht über eine große Landwirtschaft verfügt. Es sei nicht so, wie Geh. Rat Wälder sagt, daß ein gesunder Mensch, der zwei Jahre von den rationier- ten Lebensmitteln lebt, heiden müßte. In Mienau wird ein religiöser Geist gepflegt. Die Pflanzlinge fühlen sich wie in der Familie. Die Budgetartikel werden angenommen. Hier wird um 3 1/2 M. abgezogen. Morgen vorm. 10 Uhr Fortsetzung.

**lokales.**

Karlsruhe, 20. März 1918.

aus dem Polizeibericht. Gestern nachmittag 1 Uhr haben einige Kinder aus Anielingen an einem Abhang hinter dem Anwesen eines Schieferdeckers Ufersir. 71 im Stadteil Mühlburg dures Gas angezündet, was zur Folge hatte, daß zunächst die zum Anwesen gehörigen Stallungen und dann das zweistöckige Wohnhaus Feuer fing und niederbrannte. Der Brand ist durch die her- beigerufene Feuerwehr gelöscht worden. — Heute früh nach 8 Uhr ist in einem unbewohnten Zimmer eines Hintergebäudes in der Stefanienstraße auf noch nicht aufgeklärte Weise Feuer ausgebrochen, das von der herbeigerufenen Feuerwehr alsbald gelöscht werden konnte.

**Letzte Nachrichten**

Aus der französischen Kammer. Paris, 20. März. (M.A.B.) Gadal. In der Kammer beantragte Minister Roucheur eine Interpellation über die Katastrophe von La Cur- neuve und erklärte, die Schuldigen zur Verant- wortung heranzuziehen. Die Kammer nahm mit 389 gegen 66 Stimmen ein Vertrauens- tagesordnung an.

Große Schlacht in Finnland. Stockholm, 20. März. (M.A.B.) Wie die „Finn- ländische Post“ berichtet, ist das Hauptquar- tier der Weißen Gardisten gestern nach Saapamäki verlegt worden. — Nach der gleichen Quelle ist an der ganzen Front eine große Schlacht im Gange. Bei Wilpinto gingen die Weißen Gardisten zur Offensive über. Dreibel und einige andere Orte sind bereits von ihnen ge- nommen. Insofern fahren die Roten Gar- disten mit ihren Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung fort. Nördlich von Hörneborg wurden in einer Fabrik fast alle Beamten ermordet. Man hatte sie vorher barfuß in den Schnee gelockt und in einen Keller eingesperrt, woher sie dann halb verhungert herausgeholt und niedergestochen wurden. Es wurden wieder mehrere Gutshäuser er- mordet. Ein großes Geschäftshaus in Åbo wurde vollkommen ausgeplündert, wobei vor allem Frauen mitliefen.

**Christlicher Kelegobericht.**

Bonn, 20. März. (M.A.B.) Antiklerer Bericht von gestern: In der Palästina-Front steigerte sich an einzelnen Stellen der westlichen Abschnittes das Artilleriefeuer zu großer Stille- zeit.

Berlin, 20. März. Der Berliner Sozialdemokrat be- richtet aus Ejen: Der Kongress der Tschyffenschen Werke hat der Rubendortff-Spende eine halbe Million Mark überwiesen.

**Handelsteil.**

Berlin, 19. März. (M.A.B.) Börse in Stimmung. Die Angelegenheit über die kommenden Steuer- vorlagen, besonders die Zurwaldung und die bei der mangelnden Unternehmungskraft die herauskommen- den Ware nur zu teilweise härter ermäßigten Kurse Auf- nahme finden. Schon zu Beginn gingen die Kurse mit ganz wenigen Ausnahmen zurück. Starker Gedrück- waten fast alle Kontans, Schiffahrt und vor allem Nahrungsmittel. Von letzteren gaben unter Berücksich- tigung des Dividendenabzuges Rheinmetall an färs- ten nach, aber auch Orientbahn und Carlisle Tabak- aktien notierten erheblich niedriger. Gleichfalls niedriger waren Petroleumwerte. Am Rentenmarkt hat sich nichts verändert.

Luftwärme in Karlsruhe. (nach den Beobachtungen der meteorologischen Station. 19. März, mittags 2.28 Uhr 15.1 Grad; nachts 8.00 Uhr 9.8 Grad; 20. März, morgens 7.26 Uhr 8.0 Grad. Höchste Temperatur am 19. März 15.7 Grad; nied- rigste in der darauffolgenden Nacht 7.8 Grad. Niederschlagsmenge, gemessen am 20. März, 7.26 Mm feuch 4.1 Millimeter.

**Waterländischer Hilfsdienst**

Aufforderung des Kriegsamts zur freiwilligen Meldung gemäß § 7, Absatz 2 des Gesetzes für den waterländischen Hilfsdienst. Zur Ausführung von landwirtschaftlichen Ar- beitskräften jeder Art dringend benötigt. Am 4. Kriegsjahr sind die Schwierigkeiten, den Bedarf an Ar- beitskräften zu decken, gewachsen. Infolge des Friedens- mit Russland wird die große Anzahl der Gefangenen, die vorwiegend in der Landwirtschaft tätig waren, in ab- sehbare Zeit in die Heimat entlassen werden. Die Beschaffung ausreichender Arbeitskräfte für die Landwirtschaft ist aber von ausschlagge- bender Bedeutung für die restlose Ausnutzung der heimischen Bodens, durch die allein die Ernährung des Vaterlandes und des Heimatlandes sicher gestellt werden kann. Insbesondere sind

**Frauen und Mädchen**

erwünscht, die vermöge ihrer Herkunft vom Lande oder früherer Beschäftigung in land-, garten- oder forstwirtschaft- lichen Berrieben schon einige Kenntnisse in landwirtschaft- lichen Arbeiten haben. Die Vergütung erfolgt nach ortständlichen Sätzen. Gute Werkzeuge sind gewährleistet. Alle, die gewillt und geeignet sind, in der Landwirtschaft mitzuarbeiten, werden hiermit zur freiwilligen Meldung aufgefordert. Meldungen werden von heute ab bis auf Weiter- bei den Hilfsdienstmeldestellen, bei den Ortspos- tälzbehörden und dem Arbeitsnachweis der Landwirtschaftskammer in Karlsruhe entgegengenommen. Da angelehnt der vorgeschrittenen Jahreszeit die Inan- genahme der landwirtschaftlichen Arbeiten keine Verzögerung duldet, ist es erforderlich, daß alle geeigneten Bewerber sich ungehindert zu den genannten Meldestellen begeben.

Karlsruhe, den 15. März 1918.

**Kriegsamtsstelle Karlsruhe.**

**Aufgebotverfahren.**

Frau Klara Zimmer- mann, geb. Büttli, Ehefrau des Zimmermanns Karl Zimmermann, Schulgen- straße Nr. 86 hier, hat mit Zustimmung ihres Ehemannes den Antrag gestellt, das Pfand- schen Nr. 23988 vom 29. De- zember 1916, erneuert unter Nr. 10496 am 1. August 1917, lautend über 1 Schachtel mit 8 Kisten Leinwand und 1 West Damast, ge- schätzt zu 80 M., und beilie- gen mit 15 M., für kraftlos zu erklären.

**Neue Majaliten für Airmenchörel.**

Veni creator spiritus für drei- (oder vier) stimmigen Altus oder Frauenchor von Otto H. Werner. (op. 311) Partitur (als Stimme ver- wendbar) M. — 25.

**Deutsches Predigbüchlein**

für vierstimm. gemischten Chor bzw. vierstimm. Chor mit Orgel von Berthold Wäghner. Partitur M. — 30, Stimmen einzeln M. — 10, in Partien halber. Verlag der A. G. Badenische Karlsruhe.

Ar. 135  
Preispreis vierstimmig  
in Karlsruhe durch Träger  
des Badenischen Landes-  
bibliothek (Deutschland) Dr.  
G. H. W. 20 Jahre Bestehen  
Dietrichs-Verlag, Karlsruhe  
Holländischer Ausland M.  
Karlshöhe, Nr. 5

Deutscher  
Berlin, 20. März.  
Kampfen nichts Neues  
Auch vor Verdun lie-  
grillerie an Schützlein

Der österreichische  
Wien, 20. März.  
Seine besonderen Kam-  
Der Waffenstillst-  
wurde bis zum 22. März  
Der

Näheres über den Flie-  
i. B. am 13. M.

Berlin, 20. März. (M.A.B.)  
Freiburg, über den Schot-  
folgte um 4 Uhr nachm.  
Flugzeugen ausgiebig  
besonders empfindli-  
unserer Gagner ge-  
genüber blieben drei in  
zurückgebliebene Rest  
feuer unserer Abwehrgel-  
flüge Flugzeuge beidseitig  
An den Abschlüssen haben  
die Flugzeugführer über  
unser Jagdflieger den  
Mittag verlegten, Erfolge,  
solange um 4 Uhr nachm.  
offene Stadt Freiburg  
aber sie zeigen den Zwei-  
igen Angriffs verfolgt  
und zwei in einem Kopf-  
Beronen wurden von den  
die Martinskirche beidsei-  
einger Schaden an den  
von Privatgebäuden ange-  
verlet. Es trat sich ab  
bei ihren Angriffen auf  
Frauenkinder in  
Freiburg zu ver-  
bühren und Kunst-  
stücken verbrannten. Die  
Landschaft unterer Rhein  
nicht vernichtet, wenn es  
Kampfbewertung zu er-  
haben. Sie sind ab-  
dazu, Oeiches -  
und kürzen dann fer-  
wenn der deutsche Larga-  
kräftiger ausfällt.

Die Erfolge unsere-  
im

Berlin, 20. März. (M.A.B.)  
verloren unsere Ge-  
mittel auf allen Fronten  
und 18 Kesselballone. Ein  
Gimring 61 Flugzeug  
ein, davon sind 26 zerstört.  
Die übrigen sind über un-  
den. Auf die Westfront  
188 feindlichen Flugzeug  
18. 108 der feindlichen  
kamp. 25 durch Abweh-  
landeten unfreiwillig hin-  
in unermesslicher. Die  
feiner Linien erkennbar

Der Kri-  
Die Mannschaf-  
Berlin, 20. März. (M.A.B.)  
Da meldet: Wie wir er-  
den, ist die von feind-  
bereitete Meldung, die  
Mannschaf des Hilfsfr-  
der schiedlichen Regierung  
zusutreffend. Die Mann-  
auf freiem Fuß und ist  
auf freier weiterer Behar-  
Nachfrage unter Beför-

Holland und  
Weitere Erklärung der  
Amsterdam, 20. März.  
des Neubern London  
Zweiten Kammer  
der niederländischen Re-  
gierung eine Erklärung  
während erklärte der  
Anfangs die Absicht ge-  
allierten Regierungen zu  
nach gründlicher U-  
der abgenommen sei  
namentlich mit Rück-  
ernährung an  
in Washington ange-  
zu beschließen, prole-  
nomals einen langen  
die Verhandlungen und  
ten Regierungen die Be-  
Einstufung von 400 000 T-  
und daß 100 000 Tonnen